

RzF - 5 - zu § 34 Abs. 2 FlurbG

Eine Wiederherstellungsanordnung gemäß § 34 Abs. 2 Satz 2 FlurbG ist der Flurbereinigung dienlich, wenn ein Teilnehmer entgegen einer sofort vollziehbaren vorläufigen Besitzeinweisung eigenmächtig entlang der Grenzen seiner Einlageflurstücke Einfriedungen errichtet, um sich dem Fortgang des Flurbereinigungsverfahrens zu widersetzen. (Amtlicher Leitsatz) (Rn 33)

Flurbereinigungsgericht München, Beschluss vom 10.01.2019 - 13 AS 18.2198 = LSK 2019, 1003 = NVwZ-RR 2019, 459

Aus den Gründen:

31 Zunächst ist nach Aktenlage davon auszugehen, dass vor Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses vom 12. Februar 2009 jedenfalls der streitgegenständliche Zaun – unabhängig von der Existenz einzelner historischer Granitsäulen – nicht vorhanden gewesen ist. Dies folgt aus der vorgelegten Verwaltungsakte des Antragsgegners, insbesondere den Aktenvermerken der Teilnehmergeinschaft vom 15. November 2017 sowie vom 24. Januar 2018. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem durch die Antragstellerseite vorgelegten historischen Schwarz-Weiß-Lichtbild, das wohl einen alten Zaun im fraglichen Bereich zeigt. Denn dieses ist undatiert und daher von vornherein nicht zum Beleg geeignet, dass der offenbar im fraglichen Bereich einst vorhandene Zaun zum maßgeblichen Zeitpunkt des 12. Februar 2009 mit dem jetzigen Verlauf und in der jetzigen Form (noch) bestanden hat. Überdies hat der Antragsteller im Schreiben vom 15. Oktober 2018 gegen-über dem ALE selbst eingeräumt, dass der streitgegenständliche Zaun erst kürzlich neu errichtet worden ist („Den Zaun haben wir nach Altbestand errichtet, siehe alte Granitsäule“).

32 § 34 Abs. 1 FlurbG statuiert für die Zeitspanne zwischen Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses und Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplans weder ein Verfügungsverbot noch eine Grundbuchsperrung, sondern ein Veränderungsverbot mit Erlaubnis- bzw. Zustimmungsvorbehalt. Ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde sind die in § 34 Abs. 1 Nr. 2 FlurbG aufgeführten Handlungen – insbesondere die Herstellung von baulichen Anlagen – unzulässig. § 34 Abs. 1 FlurbG korrespondiert mit dem das Flurbereinigungsrecht beherrschenden Prinzip, dass jeder Teilnehmer eine seiner Einlage entsprechende wertgleiche Abfindung beanspruchen, aber nicht verlangen kann, in bestimmter Lage abgefunden zu werden, dient also insbesondere dazu, die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebiets, deren Ergebnisse im Flurbereinigungsplan zusammengefasst werden, zu gewährleisten und die planerische Gestaltungsfreiheit im Rahmen des Verfahrenszwecks zu sichern (vgl. zum Ganzen: BVerwG, U.v. 25.4.1989 – 5 C 24.86 – RdL 1989, 236 – juris Rn. 12 <= RzF - 25 - zu § 34 Abs. 1 FlurbG>; B.v. 12.10.1979 – 5 C 3.77 – RdL 1979, 319 – juris Rn. 5 <= RzF - 15 - zu § 34 Abs. 1 FlurbG>).

33 Hiervon ausgehend ist vorliegend die Wiederherstellung des früheren Zustands im Wege der Beseitigung des Zauns wohl auch ohne weiteres der Flurbereinigung

dienlich. Wie ausgeführt dient § 34 Abs. 1 FlurbG dazu, die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebiets, deren Ergebnisse im Flurbereinigungsplan zusammengefasst werden, zu gewährleisten und die planerische Gestaltungsfreiheit im Rahmen des Verfahrenszwecks zu sichern. Aus dieser Sicherungsfunktion wird deutlich, dass es den Aufgaben und Zielen der Flurbereinigung gemäß § 37 FlurbG zuwiderläuft, wenn ein Teilnehmer entgegen einer sofort vollziehbaren vorläufigen Besitzeinweisung eigenmächtig entlang der Grenzen seiner Einlageflurstücke Einfriedungen errichtet, um sich dem Fortgang des Flurbereinigungsverfahrens in Form des Wegebbaus zu widersetzen. Insoweit ist ein Teilnehmer vielmehr auf die Rechtsschutzmöglichkeiten des Widerspruchs und ggf. nachfolgend einer verwaltungsgerichtlichen Klage zu verweisen. Eine störende Auswirkung der ohne Zustimmung errichteten Einfriedung auf die Flurbereinigung ist im Rahmen von § 34 Abs. 2 Satz 2 FlurbG nicht erforderlich (vgl. BayVGh, U.v. 14.10.1976 – 12 XIII 75 – BayVBl 1978, 210 – juris Rn. 11). Im Rahmen von § 34 Abs. 2 Satz 2 FlurbG ist zudem – trotz des allein auf eine zwangsweise Durchsetzung gerichteten Wortlauts („gemäß § 137 wiederherstellen lassen“) – naturgemäß auch ein verwaltungsaktmäßiges Wiederherstellungsverlangen als ein „Weniger“ gegenüber einer unmittelbaren Ersatzvornahme zulässig (vgl. Mayr in Wingerter/Mayr, FlurbG, 10. Aufl. 2018, § 34 Rn. 7; OVG NW, B.v. 9.2.1977 – IX D 70/76 – RzF 13 zu § 34 I FlurbG <= RzF - 13 - zu § 34 Abs. 1 FlurbG>).